



# Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz

Nr. 2 - Mainz, den 16.2.2006

## **Streik gegen längere Arbeitszeit und Einkommenseinbußen Polizeibeschäftigte in Ludwigshafen, Koblenz und Mainz legen Arbeit nieder**

**Mit Streik wehren sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder gegen die Absicht ihrer Arbeitgeber, die Arbeitszeit auf bis zu 42 Wochenstunden auszudehnen und die Einkommen zu kürzen.**

In Ludwigshafen haben Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums am Montagvormittag ihren Arbeitsplatz verlassen und sind in den Streik getreten. Margarethe Relet vom GdP-Landesvorstand: „Die Arbeitgeber tun so, als ginge es nur ein paar Minuten Mehrarbeit. Dabei summieren sich ihre Pläne z.B. für Angestellte in der Sachbearbeitung auf über 2.700 € im Jahr. Dagegen wehren wir uns.“



Gute Resonanz fand der Streikaufruf der GdP beim PP Koblenz. Am Mittwoch sind dort die Tarifbeschäftigten in den Ausstand getreten. Mit vor Ort waren Annemarie Grindel und Dieter Kronauer von der Großen Tarifkommission der GdP: „Die Kolleginnen und Kollegen wollen nicht 3 Stunden in der Woche mehr arbeiten. Sie fordern stattdessen die Anhebung ihrer Löhne und Gehälter.“

Der Streik geht morgen in Mainz weiter. Dort werden Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums, des LKA, der ZPT, der Bereitschaftspolizei und der Wasserschutzpolizei die Arbeit nicht aufnehmen. Am Vormittag findet eine Streikversammlung im Goethezentrum in der Mainzer Neustadt statt. An die Streikversammlung schließt sich um 5 nach 12 eine Streikkundgebung der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst auf dem Leichhof in der Mainzer Altstadt an. Die Beamtinnen und Beamten sind aufgefordert, die Aktion solidarisch zu begleiten und ebenfalls an der Streikkundgebung zur Mittagszeit teilzunehmen.

Mit dem Streik soll Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber der Länder ausgeübt werden, die Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst wieder aufzunehmen. Für die Gewerkschaften ist es Ziel, die Arbeitgeberpläne für die Arbeitszeitverlängerung und die Einkommenskürzungen vom Tisch zu bringen. Das Gespräch der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern findet am 20. Februar 2006 statt.